

Steffens: „Bitte unterstützen Sie uns mit Ihren Möglichkeiten“

Zum zwölften Mal luden Kassenärztliche Vereinigung und Ärztekammer Nordrhein zum traditionellen Sommerempfang ins Düsseldorfer Haus der Ärzteschaft ein.

von Jürgen Brenn

Gesundheitspolitische Gespräche in lockerer Atmosphäre bei delikatem Sushi, alkoholfreien Cocktails oder einem Glas Wein: Das sind die Zutaten des Sommerempfangs im Haus der Ärzteschaft, zu dem Kassenärztliche Vereinigung und Ärztekammer Nordrhein Anfang September nach Düsseldorf eingeladen hatten. Zum zwölften Mal bereiteten die beiden ärztlichen Körperschaften ein Forum für Ideenaustausch, politische Gespräche und Networking, wie die Kontaktpflege neudeutsch heißt. Rund 450 Gäste aus Politik, Gesundheitswesen und Medien folgten der Einladung unter das gemeinsame Dach des Hauses der Ärzteschaft, darunter Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens.

Diesjähriger Gastgeber war die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein. Ihr Vorsitzender, Dr. Peter Potthoff, stellte den Gästen die Ergebnisse einer KV-Umfrage zum Thema Barrierefreiheit unter 13.000 Kassenarztpraxen vor. „Wir sind viel weiter, als wir es erhoffen konnten“, lobte Potthoff das Engagement der Praxisinhaber, ihre Räumlichkeiten für Menschen mit Einschränkungen umzubauen. Rund 47 Prozent der Praxen in Nordrhein haben laut Umfrage einen barrierearmen Zugang und sind, wenn auch nicht zu hundert Prozent, behindertengerecht eingerichtet. In diesem Zusammenhang kritisierte der KV-Vorstandsvorsitzende die Pläne der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zur Novellierung der Bauordnung. Das Land plane, dass bei solchen Bauvorhaben zukünftig der örtliche Schwerbehindertenbeauftragte mit einzubeziehen sei. Auch sei geplant, dass zu den Bau-beziehungsweise Umbauprojekten ein spezielles Gutachten über die Barrierefreiheit erstellt werden müsse. Potthoff forderte, der Gesetzgeber dürfe den Praxisinhabern keine finanziellen und bürokrati-

schen Barrieren in den Weg stellen. Ministerin Steffens sagte zu Pottthoffs Kritikpunkten: „Das nehme ich gerne mit.“

Als wenig pragmatisch und bürokratisch bezeichnete Potthoff die Einrichtung von Terminservicestellen, wie sie das neue Versorgungsstärkungsgesetz vorsieht. Diese Stellen sollen bei den Kassenärztlichen Vereinigungen angesiedelt werden. Potthoff führte mit Blick auf die jüngste Versichertenbefragung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung aus, dass lediglich jeder vierte Patient länger als drei Wochen auf einen Termin warten müsse, wenn er zu einem Facharzt überwiesen werde. Im europäischen Vergleich seien die Wartezeiten in Deutschland sehr kurz, stellte Potthoff klar. Steffens sagte, dass es vor allem in der Neurologie und in der Psychotherapie deutlich zu lange Wartezeiten für einen Termin oder Therapieplatz gebe.

Mit Blick auf die Diskussionen zur Reform des ambulanten Notdienstes in Nordrhein verwies Potthoff auf die Vertreterversammlung der KV am Folgetag. „Egal, was Sie im Notdienst tun: Sie haben immer ein Problem“, sagte Potthoff. Deshalb werde man an der Neustrukturierung auf Basis der getroffenen Beschlüsse weiterarbeiten.

Kaum jemand habe vor einem Jahr vorhersehen können, dass die Zahl der Flüchtlinge so schnell ansteigen würden, sagte

Ministerin Steffens in ihrer Ansprache. Das Thema stehe derzeit in allen Bereichen ganz oben auf der Tagesordnung. Es gehe konkret darum, „wie wir sicherstellen, dass Menschen, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf haben und angemessen versorgt sind“. Die Ministerin plädierte dafür, in der Zuwanderung nicht nur ein Problem zu sehen, sondern diese auch als Chance besonders für das Gesundheitssystem zu begreifen. Unter den Flüchtlingen seien auch ausgebildete Ärztinnen und Ärzte oder Krankenpflegerinnen und Pfleger, die den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen abmildern könnten. Syrische Fachkräfte könnten zum Beispiel in ihrer Muttersprache die ankommenden Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland betreuen, „wenn es uns gelingt, diese Fachkräfte schnellstmöglich in unser Gesundheitswesen zu integrieren“, sagte Steffens. „Wir brauchen diese Menschen und wir können sie gut gebrauchen“, zeigte sich die Ministerin überzeugt. Sie forderte die Körperschaften auf, sich rasch mit dem Ministerium zusammenzusetzen, um Lösungen zu finden.

Eine Untersuchung der Technischen Universität München habe kürzlich ergeben, dass in den Erstaufnahme- und den kommunalen Einrichtungen Ärztinnen und Ärzte gebraucht würden, um die vielen häufig auch kranken Menschen adäquat zu versorgen, sagte Steffens. Ausdrücklich bedankte sie sich bei allen Ärztinnen und Ärzten sowie den Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen, die sich in diesem Bereich engagieren und ihre Freizeit für die Versorgung der hilfsbedürftigen Menschen opfern. Sie appellierte an alle Akteure im Gesundheitswesen, sich an der Versorgung in den Einrichtungen zu beteiligen, sei es bei der Erstuntersuchung, der Kontrolle des Impfstatus oder anderen medizinischen Untersuchungen. Da es derzeit so viele ankommende Menschen gibt, sind die kommunalen Gesundheitsämter auf Hilfe angewiesen. Steffens: „Bitte unterstützen Sie uns mit ihren Möglichkeiten.“

Die KV Nordrhein und das Land bereiten derzeit eine Vereinbarung vor, die die Versorgung der Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen regeln soll.



Auf dem Sommerempfang 2015 gab es ausreichend Gelegenheit, um gesundheitspolitische Gespräche zu führen. Unser Bild zeigt v.l.n.r.: Dr. Peter Potthoff, Vorsitzender der KV Nordrhein, Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens und den Präsidenten der Ärztekammer Nordrhein, Rudolf Henke. Foto: Alexandra Malinka